

Die Doris und Dr. Michael Hagemann-Stiftung fördert Wissenschaft und Bildung in der **Ordnungs- und Institutionenökonomie** insbesondere am Marburg Centre for Institutional Economics (MACIE) der Philipps-Universität Marburg an der Lahn.

Was genau macht die Stiftung?

Was ist Ordnungs- und Institutionenökonomie?

Was bewegt die Stifter, ausgerechnet dieses Thema zu fördern?

Die Erfahrung zeigt, dass die Darstellung des Stiftungszwecks im Dialog mit Menschen, die gemeinhin nicht täglich mit Fragen der Ordnungs- und Institutionenökonomie zu tun haben, nicht leicht ist. Insoweit sind andere Stiftungen, die um Mittel für Kinder, Natur- oder Tierschutzanliegen werben, klar im Vorteil.

Die Stifter, Doris und Dr. Michael Hagemann, sind dennoch überzeugt, dass sie mit der Stiftung einen nutzbringenden Beitrag für unser Gemeinwesen initiieren und Menschen zum Reflektieren, Mitmachen, Spenden und Zustiften motivieren können.

Bekanntlich sind die Regelungen über das Zusammenleben von Menschen in einer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung komplex. Sie sind weiter nicht einfach aufzustellen und können sich ständig wieder verflüchtigen.

Deshalb sind verständliche Erklärungen des Stiftungszwecks und der Ordnungs- und Institutionenökonomie nötig. Dazu befragt ein Interessent der Stiftung (z.B. Spender, Vertreter der Medien) im Interview Fachleute aus dem Bereich der Ordnungs- und Institutionenökonomie sowie die Stifter. Hiermit ist gleichzeitig beabsichtigt, dem Interessenten gewissermaßen einen Einkaufskorb gefüllt mit den Elementen der Institutionenökonomie zu überreichen. So kann er jeweils Teilelemente zum besseren Verständnis herausnehmen oder auch vielleicht nicht weiter beachten.

Die Teilnehmenden des Interviews, Herr **Prof. Dr. Helmut Leipold** und Herr **Prof. Dr. Alexander H. Mölls** vom Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Philipps-Universität in Marburg an der Lahn, äußern sich zu den fachspezifischen Fragen. Zu den Zielen, den persönlichen Beweggründen und zur Arbeit der Stiftung nehmen **Doris und Dr. Michael Hagemann** Stellung.

Das Stifterehepaar dankt beiden befragten Wissenschaftlern sehr für die Erläuterungen und Klärungen zur Ordnungs- und Institutionenökonomie.

Nun zum Interview:

Doris und Dr. Michael Hagemann: Welche Anliegen verfolgen Sie mit der Errichtung einer Stiftung, die ordnungs- und institutionenökonomische Ziele hat?

Als Stifter haben wir vielfältige Überlegungen angestellt, in welcher Weise wir das im Laufe unseres Lebens Erarbeitete nach unserem Tod übertragen können. Kinder als „natürliche“ Erben haben wir leider nicht. Die soziale Marktwirtschaft hat es uns ermöglicht, ein interessantes und vielseitiges Berufsleben zu durchlaufen. Wir konnten damit die materielle Grundlage für die Tätigkeit der Stiftung schaffen. Dieses System – eingebunden in eine freiheitliche Gesellschaftsordnung – hat sich für uns als die Ausgangslage des erreichten Erfolgs erwiesen. Die Stiftungsgründung ist somit auch dankbares Zeichen für Chancen, Förderung und Herausforderungen, die uns das Leben in unserer Gesellschaft geboten hat.

Die Stiftungsarbeit gilt es zu erweitern und auszubauen. Mit Blick auf den Stiftungszweck liegt unser Anliegen deshalb auch darin, die institutionellen Grundlagen und Rahmenbedingungen unserer Gesellschaft mit wissenschaftlichen Methoden kritisch zu hinterfragen, konzeptionell fortzuentwickeln und die faktische Relevanz von Regeln zu überprüfen.

Doris und Dr. Michael Hagemann: Was ist darunter zu verstehen?

Ordnungsökonomische Strukturen bedingen das Zusammenspiel in unserer Gesellschaft viel tiefgreifender, als uns dies gemeinhin bewusst ist. Wir haben deshalb sehr absichtlich die drei Begriffe: Freiheit – Ordnung – Wirtschaft im Untertitel der Stiftung gewählt. Sie sind gleichbedeutend und gleich wichtig. Eingriffe ins System können die Ordnung, den Rahmen oder die Freiheitsrechte tangieren. Man kann das mit einem mechanischen Uhrwerk vergleichen: Wird an einzelnen Stellschrauben oder dem Ineinandergreifen von Zahnrädern auch nur ein Teil verändert, so ist der einwandfreie Lauf des Ganzen verändert, behindert oder gestört. So verhält es sich auch mit veränderten „Stellschrauben“ z.B. im Steuer- oder Gesundheitssystem. Oftmals sind die systemeingreifenden Maßnahmen durch Politiker veranlasst, denen die ordnungspolitische Konsequenz vermeintlich gut gemeinter Reformansätze nicht unmittelbar einleuchtet. Und wenn dann die öffentliche Kontrolle und Sanktionierung unterbleibt, kann es in der Folge für die Menschen zu Einschränkungen ihrer Teilhabe im Gesellschaftssystem kommen. Insoweit geht es hier um demokratische Grundwerte, auf die wir immer wieder neu und vernehmbar hinweisen werden.

Doris und Dr. Michael Hagemann: Wie erreichen Sie das?

Wir veranstalten Vorträge und Diskussionen zu aktuellen Themen, etwa zu der Euro-Schuldenkrise, der sog. Arabellion oder der Gesundheitssystemdebatte, mit Experten und interessierten Zuhörern. Das ordnungspolitische Grundmuster wird jeweils auf die Themen zentriert. Bisher hat das zu überaus erfolgreichen und interessanten Veranstaltungen geführt.

Überdies wird seit diesem Jahr der „MACIE-Preis“ ausgereicht, der ausgezeichnete ordnungs- und institutionenökonomische Leistungen in den Abschlussarbeiten der Bachelor- und/oder Masterstudiengängen im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften an der Philipps-Universität Marburg belohnt.

Ganz neu ist die Chance, Unterrichtsveranstaltungen über Ordnungs- und Institutionenökonomik für Schüler einer allgemeinbildenden Schule in Hessen durchzuführen. Wir sind sehr gespannt auf die Rückmeldungen.

Uns fallen mühelos viele weitere Möglichkeiten der Betätigung ein. Die ordnungspolitische Frage der Knappheit grenzt jedoch direkt hier die Wünsche und Vorhaben ein. Genau aus diesem Grund werben wir weiterhin unverdrossen um Spenden und Zustiftungen. Wir meinen, jeder Euro ist sehr willkommen und für einen guten Zweck gestiftet!

Dr. Michael Hagemann: Warum erfolgt die Zuwendung der Stiftung zur Förderung der Ordnungs- und Institutionenökonomie insbesondere an die Philipps-Universität Marburg?

Die Universität Marburg hat eine lange ordnungspolitische Tradition. Prägend wirkte vor dem zweiten Weltkrieg bis 1933 der Wissenschaftler Prof. Dr. Wilhelm Röpke. Nach dem Ende des Krieges setzte mein akademischer Lehrer, Herr Prof. Dr. Karl Paul Hensel, dieses Ordnungsdenken fort. Er überführte hierzu die in Freiburg 1954 gegründete Forschungsstelle zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme im Jahr 1957 nach Marburg. Seit 2007 ist daraus das *Marburg Centre for Institutional Economics* (MACIE) entstanden. MACIE bündelt die Forschungsaktivitäten des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften in der Institutionenökonomie.

Prof. Dr. Karl Paul Hensel hat mir über die Einführung in die Ordnungsökonomie einen grundlegenden Beitrag zur erfolgreichen Tätigkeit in meinem Beruf gegeben. Eine eher zufällige Begegnung in 1968 mit ihm wurde damit prägend für die Gestaltung meines Lebensweges. Ich bin dankbar für richtungsweisende Impulse und die Schulung in ordnungspolitischen Denkstrukturen durch einen beeindruckenden Menschen und Wissenschaftler, der mein Doktorvater war.

Herr Prof. Dr. Leipold: Womit befasst sich die Ordnungs- und Institutionenökonomie aktuell?

Wir beschäftigen uns wissenschaftlich mit folgenden aktuellen Herausforderungen:

- Warum kam es 2007 zur Banken- und Finanzkrise, die die Weltwirtschaft an den Rand des Abgrunds führte?
- Warum ist die Staatsverschuldung in den letzten Jahrzehnten beängstigend angestiegen bis hin zum Staatsbankrott einzelner Länder?
- Warum erreicht die Jugendarbeitslosigkeit z.B. in südeuropäischen Ländern fast die 50-Prozent-Marke?
- Warum können die Gewinne von Konzernen wie auf einem globalen Monopoly-Brett verschoben und die Steuerlasten dadurch minimiert werden?
- Ist Religion förderlich oder hindernd für die Entwicklung von Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen (z.B. Islam)?
- Warum herrscht in großen Teilen der Welt nach wie vor Armut und Hunger?

- Warum grassiert in vielen Ländern in Staat, Justiz und Wirtschaft noch die Korruption?
- Welche Lasten kommen in Verbindung mit demografischen Problemen auf die nächsten Generationen zu?

Herr Prof. Dr. Leipold: Was ist Ordnungs- und Institutionenökonomie, was ist darunter zu verstehen?

Allgemein ist es die Wissenschaft von der Analyse und dem Vergleich alternativer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen und deren Auswirkungen auf die wirtschaftlichen und sozialen Lebensprozesse und Lebensbedingungen.

Dies betrifft die Gesamtheit der politisch bewusst gesetzten, aber auch der gewachsenen Regeln (formale und informale Institutionen) des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Zusammenlebens. Die wirklichen Hindernisse und Probleme finden so ihren Einstieg in die Institutionenökonomie. Entsprechend aufwendig sind deshalb Antworten auf die vorangestellten Fragen. Ordnungs- und Institutionenökonomie wurde früher auch als Ordnungstheorie bezeichnet.

Herr Prof. Dr. Leipold: Ist die Ordnungstheorie ein neuer Ansatz in den Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften?

Nein. Ausgehend von der Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre des letzten Jahrhunderts und dem Aufkommen totalitärer Herrschaftssysteme und Ideologien (Nationalsozialismus, Kommunismus) richtete sich der wissenschaftliche Fokus auf die Erklärung und Begründung einer menschenwürdigen, freien, produktiven und gerechten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Dazu galt es, zunächst die Mängel der tradierten Ordnungen und deren theoretische Grundlagen zu analysieren und zu vergleichen. Es wurde dadurch ein Fundament für die allgemein gültige Begründung erfolversprechender Regeln, Vorgaben und formaler Gestaltungen abgeleitet. Zusammenfassend bezeichne ich dies als Ordnungsbedingungen.

Herr Prof. Dr. Leipold: Mit welchen Personen ist die skizzierte Entwicklung verbunden?

Der zweite Bundeskanzler der BRD, Ludwig Erhard, gilt wohl national und international als bekanntester Vertreter ordnungspolitischen Denkens. Er war Ende der 40er Jahre des vergangenen Jahrhunderts maßgeblich an der politischen Umsetzung sowie der praktischen Gestaltung der sozialen Marktwirtschaft beteiligt. Sie hat sich als erfolgreiche Wirtschaftsordnung erwiesen. In Deutschland wird die Ordnungstheorie hauptsächlich mit der ordoliberalen Schule identifiziert. Als ihre Begründer sind hervorzuheben: Walter Eucken, Franz Böhm, Alexander Rüstow, Wilhelm Röpke und Alfred Müller-Armack. Diese Vertreter gelten zugleich als die geistigen Väter der ordnungspolitischen Konzeption der sozialen Marktwirtschaft.

Herr Prof. Dr. Mölls: Können Sie den Zusammenhang zwischen Freiheit, Wirtschaft und Ordnung beschreiben?

Bekanntlich bewegt das Zusammenspiel von Freiheit und Ordnung die Menschen seit der Antike. Gesellschaften müssen entscheiden, ob und inwieweit sie individuelle Freiheit vor Kollektivinteressen gewähren.

Es ist in diesem Zusammenhang z.B. von Interesse,

- Wie wollen wir unser marktwirtschaftliches System gestalten und weiterentwickeln?
- Soll es eine „Soziale Marktwirtschaft“ mit vielfältigen staatlichen Ausgleichsmechanismen und Eingriffen bleiben?
- Soll sich die Gesellschaft im Zuge der Globalisierung an dem liberaleren Modell z.B. der US-amerikanischen Wirtschaft orientieren?

Eine Antwort auf diese Fragen tangiert zunächst die individuellen Freiheiten, die Ausgestaltung und Reichweite unserer ordnungsgebenden Regeln (Gesetze und sonstige Institutionen) und schließt auch die Art und Weise ein, wie Wirtschaft in einem Land funktioniert und abläuft. Weiter betrifft dies das Gefüge und den Regelrahmen von agierenden Unternehmen und wie sie ihren Interessengruppen (Eigentümer, Arbeitnehmer, Gewerkschaften, Staat usw.) dienen. Allgemein also geht es um Elemente wie Freiheit, bewusst gestaltete Ordnungsstrukturen und schließlich um die Wirtschaft als Ganzes.

Herr Prof. Dr. Leipold: Gibt es die Ordnungsökonomik nur in Deutschland?

Nein. In Deutschland sind zu benennen die Traditionen der „Freiburger“ und „Marburger“ ordnungspolitischen Schulen. Hervorzuheben ist auch die Entwicklung in den USA. Als Wissenschaft eigener Prägung wurde dort in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre die moderne Institutionenökonomie entwickelt. Als ihre Begründer nenne ich vor allem Ronald Coase, Douglas Cecil North und James McGill Buchanan. Leider ging diese Entwicklung ohne Bezug und Rezeption der deutschen Vorleistungen einher.

Herr Prof. Dr. Leipold: Gibt es Unterschiede zwischen der Institutionenökonomik amerikanischer Prägung und der deutschen Ordnungstheorie?

Die Institutionenökonomik ist stärker auf die Analyse ökonomischer Faktoren (Rationalwahl, Transaktionskosten, Verhältnis Gesellschafter zu angestellten Geschäftsführern, auf wirtschaftlichen Erfolg ausgerichtete Unternehmensverfassung u.a.) bei der Erklärung des Wandels und der Wirkungen von Institutionen fokussiert. Dagegen hat die Ordnungstheorie deutscher Prägung stets die Interdependenz von historischen, politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Ordnungsbedingungen betont und analysiert.

Herr Prof. Dr. Leipold: Sehen Sie auch Gemeinsamkeiten der vorgenannten beiden Bereiche (Institutionenökonomik und Ordnungstheorie)?

Ja. Die Frage beantwortet sich mittels Verweis auf die jeweils vorstehend beschriebenen Ausprägungen. Die entwickelten Gestaltungen und Regeln sind nicht

gegensätzlich. Vielmehr deutet sich für die zukünftige Forschung ein ergiebiges Synergiepotenzial an.

Herr Prof. Dr. Mölls: Von Abhängigkeiten in der Wirtschaftsordnung hat Prof. Dr. Leopold gesprochen – können Sie hier ein Beispiel aufführen?

Nehmen wir hier die Erfahrungen aus der jüngsten Finanzmarkt- und der aktuellen Schuldenkrise. Die Fehlentwicklungen sind sichtbar. Sie sind das Ergebnis eines unzureichenden Ordnungsrahmens. Er belässt den Akteuren in Wirtschaft und Politik zu große Spielräume. Letztlich hat jener die Lebensgrundlagen von Staaten (z.B. Irland) und von Staatengemeinschaften (z.B. Europäische Union) tangiert. Allgemein ist die jüngste Finanzmarktkrise auf eine unzureichende oder falsch ausgerichtete Regulierung der weltweiten Kapitalmärkte zurückzuführen. Hier konnten nach Profit strebende Manager und Banker nahezu ungebremst zum eigenen Vorteil und Schaden Anderer handeln.

Nachgefragt: Warum schiebt die Politik diesem Handeln nicht konsequent einen Riegel vor?

Dies ist eine unmittelbar nahe liegende Frage. Die Antwort lautet: Die politisch Handelnden sind in der Zwickmühle. Sie verteufeln die Fehlentwicklungen auf den internationalen Kapitalmärkten. Andererseits haben sie aber auch von den Vorteilen ungezügelter Kapitalmärkte profitiert: Durch die Möglichkeit, sich mit einer einheitlichen Währung, dem Euro, auf dem (Kapital-)Markt als Staat über lange Zeit (nahezu) problemlos Geld besorgen zu können, gepaart mit der Möglichkeit, das nationale Schuldenpotenzial auszureizen bzw. zu überdehnen, ist die europäische Schuldenkrise überhaupt erst entstanden. Wir haben es hier also mit vielfältigen Interdependenzen zu tun. Sie lassen sich auch auf andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in ganz ähnlicher Form übertragen.

Herr Prof. Dr. Mölls: Erfordert die Interdependenz der Ordnungen auch ihre gegenseitige Abstimmung?

Ja. Diese erläutere ich für die Unternehmensordnung. Grundsätzlich ist die Entscheidung zugunsten einer marktwirtschaftlichen Ordnungsstruktur gefallen. Innerhalb dieses Systems ergeben sich vielfältige Möglichkeiten, den Handlungsrahmen von Unternehmen jeweils spezifisch abzustechen. Der ordnungspolitische Wettbewerb findet heute also innerhalb des marktwirtschaftlichen Systems auf der Grundlage spezifisch ausgestalteter (Unternehmens-)Ordnungen statt. Diese umschreiben das Gesamtgefüge an institutionellen Regelungen (Gesetze, Richtlinien, Verordnungen, Erlasse usw.) auf den Güter-, den Kapital- und Arbeitsmärkten eines Landes.

Herr Prof. Dr. Mölls: Gibt deshalb das US-amerikanische System vor, wie diese Märkte zu gestalten sind?

In den letzten Jahren scheint das liberale US-amerikanische System in diesem Zusammenhang nach wie vor die Rolle eines weltweit anzustrebenden Ideals einzunehmen: Diese Einstellung gilt ungeachtet der bekannten fragwürdigen Erfahrungen (z.B. Finanzkrise, Krise in Rechnungslegung und Prüfungswesen). Danach sollten die Volkswirtschaften weltweit ihre Güter- und Arbeitsmärkte weiter deregulieren und zugleich ihre Kapitalmärkte stärken. Unternehmen können sich so auch kostengünstiger mit Eigen- und Fremdkapital versorgen – jeweils im Vergleich zur weltweit traditionell dominierenden Finanzierung über Hausbanken. So erhofft man sich eine Steigerung der Wohlfahrt.

Noch einmal nachgefragt: Wie ist diese angenommene Steigerung der Wohlfahrt aus europäischer Sicht zu sehen?

Ad hoc könnte man skeptisch sein: Sprechen die guten Erfahrungen mit einem ausdifferenzierten Wettbewerbsrecht oder einem umfassenden Verbraucherschutz nicht gegen allzu liberale Gütermärkte? Gleiches gilt für Arbeitsmärkte: Führen Kündigungsschutzregeln, ein staatlich organisiertes Gesundheitswesen sowie die Aktivitäten von Gewerkschaften wirklich zu Wohlfahrtsverlusten? Falls das so wäre, müsste es begründet werden! Mit Blick auf den Kapitalmarkt stellt sich schließlich die Frage, ob eine auf Ausgleich ausgerichtete Bankenfinanzierung nicht doch einer allzu starken Hinwendung zu einem anonymen Kapitalmarkt überlegen sein könnte. Jene Finanzierung wird gerade von deutschen Unternehmen nach wie vor stark genutzt.

Herr Prof. Dr. Mölls: Es gibt also keinen „Königsweg“ zur Gestaltung der Ordnungen für Wirtschaftssysteme?

In jedem Fall gilt: Bei einer mehr oder weniger ungeprüften Übernahme fremder Regelungen auf den Unternehmensbereich besteht die Gefahr, dass der institutionelle Rahmen zu einer leeren Hülle verkommt. Es bleiben in diesem Zusammenhang Pfadabhängigkeiten im Sinne einer eigenen Geschichte, einer ggf. unterschiedlichen Bedeutung von Religion, von Traditionen und Gebräuchen systematisch unberücksichtigt. Da diese informellen Institutionen das Handeln der Akteure aber nachhaltig beeinflussen dürften, besteht die Gefahr einer faktischen Aushöhlung der Regulierungsaktivitäten. Es wäre nichts gewonnen, aber viel verloren! Dies gilt umso mehr, wenn die fremden Regelungen in der vorbeschriebenen Form auf ein Land oder einen Wirtschaftsbereich übertragen werden.

Herr Prof. Dr. Mölls: Institutionenökonomie und Unternehmensebene – welche Zusammenhänge sind hier hervorzuheben?

Auf Unternehmensebene bedarf es unbedingt eines funktionierenden Ordnungsrahmens, damit die Koordination wirtschaftlicher Aktivitäten überhaupt erst klappt. Dieser Ordnungsrahmen wird heute weltweit mit „Corporate Governance“ umschrieben und erforscht. Fokus ist dabei das unternehmensinterne System der Anreize und Kontrollen.

Es ist derart zu gestalten, dass besonders die angestellten Manager (Agents) im Interesse der Eigentümer (Principal) handeln. In der Principal-Agent-Theorie werden zahlreiche Maßnahmen betrachtet. So wird nach Mechanismen gesucht, in Großunternehmen die Arbeit des Aufsichtsrates zu verbessern. Damit einhergehend wird angestrebt, die Handlungsmöglichkeiten der Manager selbst einzuschränken. Unternehmensintern werden neue Überwachungsinstanzen (Compliance) geschaffen.

Extern werden Rechnungslegung und Berichtswesen der Unternehmen weiter reguliert und strukturiert. Die Entwicklung der Rechnungslegung seit der Enronkrise und der Finanzkrise ist hierfür eindrückliches Beispiel. Gerade im letzteren Fall wurde das System der Corporate Governance der gesamten Finanzbranche hinterfragt.

Mit all diesen Themen sind aber auch immer zentrale Fragen des Gesellschaftsrechts angesprochen. Es wird zwar traditionell in den Rechtswissenschaften behandelt, bildet aber als „Corporate Governance“ oder Unternehmensordnung auch in den Wirtschaftswissenschaften einen Schwerpunkt.

Herr Prof. Dr. Mölls: Wenn wir weiterdenken: Wo und wann müsste auf Ordnungs- und Institutionenökonomie aufmerksam gemacht werden?

Wenden wir uns beispielsweise der in der Satzung der Stiftung aufgeführten Bildung zu. Es geht bei Stiftungsförderung auch darum, jungen Menschen an Schulen und später in Universitäten das Denken in wirtschaftlichen und ordnungspolitischen Zusammenhängen näher zu bringen. Dies wiederum ist ein wichtiges Anliegen. Denn die Frage, in welcher staatlichen Ordnung wir leben wollen, wird individuell z.B. durch die Teilnahme an Wahlen und die Abstimmung über Wahlprogramme getroffen. Die verantwortungsbewusste Entscheidung des Wählenden setzt voraus, dass Kenntnisse über Gesetzmäßigkeiten, Rahmen und Ordnung des Gesellschafts- und Wirtschaftssystems vorliegen. Der Zugang zu diesen Kenntnissen sollte in den unterschiedlichsten Bildungsgängen ein fester Bestandteil sein.

Sie können dies auch als ein weiteres Beispiel über die Interdependenz zwischen Wirtschaftsordnung und Politik auffassen.